

Den Blick für die Demokratie stärken!
Der Appell von Mannheim.
Für eine aktive Stadt- und Quartiers-
politik, mit einem handlungsfähigen,
gestaltenden Staat und einer
glaubwürdigen Bürgerbeteiligung.

Den Blick für die Demokratie stärken

Der Appell von Mannheim

Mai 2018

FIXER SON ATTENTION SUR LA DÉMOCRATIE !

L'APPEL DE MANNHEIM. POUR UNE
POLITIQUE ACTIVE DE LA VILLE ET
DES QUARTIERS, AVEC UN ÉTAT
OPÉRATIONNEL ET STRUCTURANT,
AINSI QU'UNE PARTICIPATION
CRÉDIBLE DES CITOYENS.

WAS ERLEBEN WIR

ERSTENS

Die praktisch erlebbaren Institutionen des Staates vor Ort sind vertrauensbildende Säulen unserer offenen Demokratie (Schulen, Polizei, Ordnungsrecht, Jobcenter...), sie bilden mit den Grundrechten und Werten unserer Gesellschaft die Basis für eine offene Republik, werden ausgefüllt durch Elemente erweiterter Bürgerbeteiligung und Bürgerengagements vor Ort, dort, wo in den Städten und Stadtquartieren Demokratie gelernt und gelebt wird.

Diesen Selbstverständlichkeiten ist in den letzten Jahren teilweise „der Boden unter den Füßen weggezogen“ worden. Die Institutionen haben gelitten oder haben sich nicht dort, wo sie benötigt werden, weiterentwickelt! Die Städte werden in ihrer Entwicklung überrollt durch globale Prozesse (Arbeit, Flüchtlinge, Zuwanderung, Klima) und zerfallen in unterschiedlich leistungs- und integrationsfähige Quartiere. Deren Segmentierung hat mittlerweile qualitativ neue Ausmaße erreicht jenseits der ökonomischen Spaltung als eine manchen fremd erscheinende Herausforderung ethnisch-normativer Vielfalt. Die Bürgerbeteiligung wird in der politischen Rhetorik beschworen, ohne eine Antwort zu finden, wie die Schräglage ungleicher Teilhabe angegangen und die langfristigen Folgen auch für Entscheidungsprozesse mit den gewählten Gremien und den sie tragenden Parteien gelöst werden! Der Informationsstand der Beteiligten reduziert sich oft auf mediale Debatten und aufgeregte Tagesthemen!

Die politisch Verantwortung Tragenden versuchen, sowohl in ihrer Rhetorik „noch mehr Beteiligung“, noch mehr individuelle Sozialleistungen als auch noch mehr kommunale Unterstützungsmittel für den Städtebau und den ländlichen Raum zu versprechen. Mehr vom Gleichen schafft aber weder Vertrauen noch wird sie dem darunter liegenden Wandel der Gesellschaft selbst gerecht.

ZWEITENS

Eine Gesellschaft, die sich auf allen Gebieten gleichzeitig wandelt, vom demografischen über den ethnisch und sozialen bis zum digitalen Wandel, benötigt nicht *mehr* Beteiligungsversprechen, wo die Klärung des Miteinanders angesagt ist, nicht *mehr* Fördermittel ausschließlich für Gebautes wo integrierte Lösungen der Bildungs-Ordnungs- Sozial- und Arbeitsmarktpolitik angezeigt sind, nicht *mehr* Fernsehdebatten, wo wesentliche Teile der Gesellschaft gar nicht präsent sind und sich aus unterschiedlichsten Informationsquellen speisen.

Die Selbstverständlichkeiten unserer bisherigen Demokratie bedürfen eines genaueren Blickes darauf: Die Einmischung in die Gesellschaft ist nicht von vornherein ein unterstützungswürdiges Engagement für eine offene Demokratie. Eine Stadtverwaltung, die allem gegenüber „neutral“ zu sein hat, kann grundlegende Werte und Minderheitsinteressen der Gesellschaft nicht mehr glaubwürdig und wirksam schützen.

„Traditionelle“ Stadtentwicklungsmaßnahmen sind nicht automatisch wirksam, wenn sich die Bevölkerungsgruppen und Zusammensetzung so geändert haben, dass in einigen Stadtquartieren keine Gruppe mehr die Mehrheit hat. Die fürsorgliche Unterstützung einzelner Gruppen in der Gesellschaft ist keine Garantie für den Zusammenhalt der Gesellschaft, wenn diese sich normativ aufgespalten hat, sich ihrer Werte nicht mehr sicher ist. Dann kann ein „mehr vom Gleichen“ die Konkurrenz aller gegen alle anderen nur anheizen.

DRITTENS

Es haben sich besondere Vielfaltsquartiere in den meisten größeren Städten herausgebildet, die sich von den bisher bekannten Armutsbrennpunkten in so weit unterscheiden, als dass sie vital, urban, gemischt funktionieren. Gleichwohl aber ohnmächtig gegenüber dem bisherigen rechtsstaatlichen Anspruch sind z.B. Chancengleichheit für alle lernenden Kinder herzustellen. Wenn Teile des Ordnungsrechts nicht mehr greifen und das Stigma von „no go areas“ produzieren. Diese Quartiere bieten der Gesellschaft ununterbrochen Anlass, an der Funktionstüchtigkeit des Staates zu zweifeln. Diese Quartiere stellen für Städte überall in Europa eine große Herausforderung dar.

Umgekehrt werden sie sogar zur permanenten Angstquelle populistischer Sammlungsbewegungen verunsicherter Bürger. Es muss ein gesamtstaatliches Interesse sein, Städte und besonders diese Quartiere funktionstüchtig zu halten für balancierte, demokratisch gesteuerte Entwicklungsprozesse.

Gelingt dies nicht, nutzen auch Modernisierungsbemühungen im ländlichen Raum oder mehr Beteiligungsversprechen im bürgerlichen Sektor nicht, weil diese Quartiere dann für alle sichtbar und abschreckend das Gegenteil dessen werden, was sie nach allgemeinem Anspruch werden müssten: Sozialräume gegenseitiger Aufmerksamkeit und Gemeinschaft.

PRAKTISCHE FORDERUNGEN

Im Kreis von bundesweit versammelten Wissenschaftlern, Geografen, Stadtplanern, Soziologen und Verantwortung tragenden Praktikern und Praktikerinnen wurden die Herausforderungen für Demokratie in den Städten 2018 mehrfach in Mannheim diskutiert und dieser Appell so zusammengefasst:

*** Die Politik muss einen handlungsfähigen, wertorientierten Staat und seine Institutionen deutlich stärken, zugunsten eines erweiterten Freiheitsbegriffes nicht zugunsten der Herstellung von Ordnung an sich.**

Staat und seine Verwaltungen haben sich den Grundrechten und Grundwerten gegenüber offensiv und nicht neutral defensiv zu verhalten. Dies gegenüber allen Teilen der Gesellschaft nicht im Sinne einer „Verteidigung gegenüber Außen und Fremdem“, sondern der „Ermöglichung und Gewährleistung für Grundrechten und sozialer Rechtsstaatlichkeit“ (vgl. Artikel 20 Grundgesetz).

Die Rechtsgrundlagen und Informationsquellen sind weiterzuentwickeln, um dem aktuellen Stand der

gesellschaftlichen Vielfalt gerecht zu werden. Besonders auf örtlicher Ebene ist eine Informations- und Teilhabechancengleichheit nicht mehr gewährleistet ohne einer Struktur, die z.B. mit den öffentlich-rechtlichen Medien auf nationaler Ebene dem Grunde nach vergleichbar wäre. Eine weiterzuentwickelnde Bürgerbeteiligung muss authentischere Teilhabemöglichkeiten für alle sichern ohne die repräsentativen Gremien und Parteien so zu unter-spülen, dass die Spaltung der Gesellschaft weiter zunimmt und die Orientierung an den Grundwerten nicht mehr gesichert ist.

***Auf der Grundlage eines ermöglichenden Staates muss sich Politik der territorialen Spaltung und Ungleichheit in unseren europäischen Gesellschaften annehmen mit mehr als den bisherigen regionalen Ausgleichs- und baulichen Fördermitteln.**

Den sich mehrenden und verfestigenden Vielfaltsquartieren gegenüber müssen Städte, Länder, Bund und EU eine konzertierte und integrierende Antwort finden. Im Mittelpunkt muss die Chancengleichheit und nicht nur „gleichere Lebensverhältnisse“ stehen, die in allen Quartieren unserer Städte zu gewährleisten sind. Die Quartiere gilt es als

potentielle Lokomotiven der Demokratie zu betrachten bei der Verbesserung zukünftiger Informations- und Arbeitsweltherausforderungen, der Integration in Vielfalt und der Spaltung. Die Städtebauförderung (Programm Soziale Stadt) benötigt dafür flexiblere, lokal verantwortete, integrierte Politikprogramme, die rechtsstaatlich einklagbar werden sollen.

***Zur Flexibilität gehören sichtbare, interimistische, spürbare Verbesserungen und Problemlösungen in der Stadtentwicklung.**

Die Unterstützung des Wohnungsbaus hat der genauen Justierung auf neue Verhältnisse gerecht zu werden, in dem gemeinschaftsorientierte Wohnlösungen, Eigentumsbildung als Integrationshilfe, differenzierte Wohntypologien und Erbpachtmodelle ermöglicht werden. Die Verknüpfung mit einer

punktuellen Stärkung der Jugendhilfe, der Polizei, einer integrierten Gesundheits- und Altenpflege liegt auf der Hand, ebenso wie die Unterstützung des Wandels der Vereinsarbeit in den Quartieren.

***Weiterer Schwerpunkt ist eine Bildungsoffensive, die mehr als den Rechtsanspruch auf Ganztageschulen realisiert.**

Auch hier ist als Folge der genauen Analyse der Bildungsergebnisse der letzten Jahrzehnte eine differenzierte Bildungsoffensive in den Quartieren zu starten, die sowohl einer ungleichen Zusammensetzung von Schulklassen, dem Bedarf differenzierter Eltern- und Einzelfallarbeit, also einer ganzen Lernlandschaft gerecht wird, die oftmals an den Zuständigkeitsabgrenzungen von Land, Gemeinden und Bundesmodellprogrammen scheitert.

PERSPEKTIVE

Sowohl im demokratischen Diskurs wie in der Förderung sozialer Räume kann ein „Weiter So“ oder eine einfache Mittelaufstockung den Notwendigkeiten der heutigen Situation nicht gerecht werden; ja es kann Ungleichheiten und Enttäuschungen sogar verstärken. Darum gilt neu: Vertrauensbildung und aktives Bemühen um erfahrene Gerechtigkeit im sozialen Raum.

Darin liegt der Kern des Appells. Statt mehr vom Gleichen gilt es, sich die Mühe zu machen, dem gesellschaftlichen Wandel gerecht zu werden und strukturelle Verwerfungen im Diskurs und praktisch anzugehen. Dies mit einem entschlosseneren Staat, dessen Merkmale vor Ort Ermöglichung und Wertesicherung für alle sind. Im Gegensatz zur reinen Aufrechterhaltung oder Herstellung innerer Ordnungen, so sie die heutige Gesellschaft und vor allem Stadtgesellschaften teilen. Das Verständnis eines aktiven sozialen Rechtsstaates, der nicht nur Individualinteressen sichert, sondern Chancen für alle gewährleistet, knüpft an den sozialen Zusammenhalt an, der diese Republik starkgemacht hat.

Die Quartiere unserer Städte sind einer der zentralen Spiegel dieser Entwicklung, an denen absehbar

ist, ob uns dies gelingt oder nicht. Hier werden Generations-, Zuwanderungs-, Klima- oder Arbeitsmarktfragen konkret erlebt und müssen gelöst werden. Stadtentwicklung steht in der Gefahr, Quartiere dafür unterschiedlich in die Pflicht zu nehmen.

Es geht um mehr als um Stadtsanierung oder Quartiersverbesserung, es geht um mehr als Kommunalpolitik, es geht um einen Lackmустest der Demokratie insgesamt. Und es ist keine „nationale Frage“ sondern betrifft uns in ganz Europa und in unserer europäischen Wertegemeinschaft (vgl. die französische Initiative von Dijon).

Sind wir Zukunftsfähig und verhindern die dauerhafte Spaltung einer Vielfaltsgesellschaft? Fordern wir die Mitwirkung an der Demokratie durch alle Gruppen ein oder reduziert sich Demokratie auf die Interessenvertretung und Sicherung des Burgfriedens wortstarker Gruppen und derer, die Besitzstände verteidigen?

Deshalb richtet sich der Appell an die Politik aller Entscheidungs- und Förderebenen.

FIXER SON ATTENTION SUR LA DÉMOCRATIE !

L'APPEL DE MANNHEIM. POUR UNE POLITIQUE ACTIVE DE LA VILLE ET DES QUARTIERS, AVEC UN ÉTAT OPÉRATIONNEL ET STRUCTURANT, AINSI QU'UNE PARTICIPATION CRÉDIBLE DES CITOYENS.

CE QUE NOUS VIVONS

PREMIÈREMENT

Les institutions publiques locales fonctionnelles sont les piliers de confiance de notre démocratie (écoles, police, maintien de l'ordre, agences pour l'emploi, ...), avec les droits et les valeurs fondamentaux de notre société, elles sont le fondement d'une république ouverte, elles sont complétées par des éléments de participation élargie des citoyens et d'engagements citoyens sur place, là où la démocratie se découvre et se vit dans les villes et les quartiers.

Au cours des dernières années, le sol s'est en partie dérobé sous les pieds de ces évidences. Les institutions ont souffert ou ne se sont pas développées là où elles étaient nécessaires ! Dans leur développement, les villes sont dépassées par des processus globaux (travail, réfugiés, immigration, climat) et sont subdivisées en quartiers dont le niveau de performance et d'inclusion est différent. Entre temps, leur segmentation a atteint une nouvelle dimension qualitative au-delà du clivage économique, un défi d'une diversité ethno-normative qui semble étranger à beaucoup. La rhétorique politique vante largement la participation citoyenne, sans trouver de réponse à la manière d'aborder les difficultés d'une participation inégale et d'éviter les conséquences à long terme sur les processus de décision avec les comités élus et les partis sous-jacents ! Le niveau d'information des participants se limite souvent aux débats médiatiques et aux dossiers houleux !

Les responsables politiques tentent, dans leur rhétorique, de promettre « plus de participation », plus de prestations sociales individuelles, mais aussi plus d'aides communales pour l'urbanisme et le milieu rural. Toutefois, prendre les mêmes et recommencer ne crée pas un climat de confiance et ne

répond pas aux mutations sous-jacentes de la société.

DEUXIÈMEMENT

Une société qui change simultanément à tous les niveaux, des mutations démographiques aux mutations numériques, en passant par les mutations ethniques et sociales, n'a *plus* besoin de promesses de participation là où la définition du vivre-ensemble est nécessaire, elle n'a *plus* besoin de subventions, sauf pour le bâtiment, là où des solutions intégrées de la politique éducative, règlementaire, sociale et du travail s'imposent, elle n'a *plus* besoin de débats télévisés là où la majeure partie de la société n'est pas présente et s'alimente de sources d'information les plus diverses.

Les évidences de notre démocratie actuelle nécessitent de poser un regard plus précis sur ce qui suit : l'intervention dans la société n'est pas a priori un engagement digne de soutien pour une démocratie ouverte. Un conseil municipal qui se doit d'être « neutre » à l'égard de tous ne peut plus protéger de manière crédible et efficace les valeurs fondamentales et les intérêts des minorités de la société.

Les mesures « traditionnelles » d'aménagement urbain ne sont pas automatiquement efficaces si les groupes de population et la composition ont changé au point que plus aucun groupe n'est majoritaire dans certains quartiers. Le soutien plein de sollicitude de certains groupes dans la société n'est pas une garantie de la cohésion sociale lorsque la société s'est scindée du point de vue normatif et qu'elle n'est plus certaine de ses valeurs. Ainsi, « prendre les mêmes et recommencer » ne peut qu'attiser la concurrence des uns contre les autres.

TROISIÈMEMENT

Dans la plupart des grandes villes, des quartiers diversifiés se sont créés. Ils se distinguent des autres foyers de pauvreté connus en ce qu'ils sont pleins de vitalité, urbains et mixtes. Ils sont néanmoins impuissants face aux exigences de l'état de droit, s'agissant par exemple de l'égalité des chances pour tous les enfants apprenants. Quand certaines parties du droit réglementaire ne s'appliquent plus et qu'apparaissent les stigmates de « no go areas ». Ces quartiers donnent en permanence l'occasion à la société de douter de la fonctionnalité de l'État. Partout dans les villes d'Europe, ces quartiers sont

de grands défis. Inversement, ils deviennent même des sources permanentes de peur des mouvements populistes de citoyens déstabilisés. Il doit être d'intérêt public de maintenir la fonctionnalité des villes et surtout de ces quartiers pour les processus de développement équilibrés et démocratiques.

Si cela n'est pas possible, les efforts de modernisation du secteur rural ou les promesses de participation dans le secteur civique sont inutiles, car ces quartiers sont visibles à tous et exactement à l'opposé de ce qu'ils devraient être selon les ambitions générales : des espaces sociaux d'attention réciproque et de communauté.

REVENDEICATIONS PRATIQUES

Dans des réunions de scientifiques, géographes, urbanistes, sociologues et praticiens à responsabilité dans tout le pays, les défis de la démocratie dans les villes ont été discutés à maintes reprises à Mannheim en 2018 et cet appel se résume ainsi :

***La politique doit renforcer considérablement, l'État opérationnel et axé sur les valeurs, ainsi que ses institutions, en faveur d'une notion de liberté élargie, et non au profit de la restauration de l'ordre en soi.**

L'État et son administration doivent se comporter de manière offensive face aux droits et aux valeurs fondamentaux, et non de manière neutre et défensive. Et ceci vis-à-vis de toutes les parties de la société, non dans le sens d'une « défense contre l'extérieur et l'étranger », mais pour « permettre et garantir les droits fondamentaux et l'État de droit social » (voir art. 20 de la Loi fondamentale).

Il convient de développer les bases juridiques et les sources d'information afin de permettre l'expression de la diversité sociale actuelle. Au niveau local, l'égalité de l'information et des chances de participation n'est plus garantie sans une structure au fond comparable par exemple aux médias publics au niveau national. La participation citoyenne à développer doit garantir des possibilités de participation plus authentiques pour tous, sans ignorer les

comités et partis représentatifs afin de ne pas aggraver la fracture sociale et de ne plus pouvoir s'appuyer sur les valeurs fondamentales.

***Sur la base d'un État facilitant, la politique doit s'occuper de la fracture et de l'inégalité territoriales dans nos sociétés européennes, avec bien plus que les subventions régionales actuelles compensatrices et urbaines.**

Face au nombre croissant des quartiers cosmopolites et à leur ancrage, les villes, les Lands, la Fédération et l'Union européenne doivent trouver une réponse concertée et intégrée. Il convient de privilégier et de garantir l'égalité des chances et pas seulement « l'égalité des conditions de vie » dans tous les quartiers de nos villes. Il convient de considérer les quartiers comme des locomotives potentielles de la démocratie en ce qui concerne l'amélioration des défis futurs de l'information et du monde du travail et l'intégration dans la diversité et la division. Pour cela, l'aide au développement urbain (programme ville sociale) a besoin de programmes politiques locaux et intégrés plus flexibles, opposables à l'État de droit.

***La flexibilité s'inscrit dans des améliorations et des solutions visibles, intérimaires et sensibles aux problèmes du développement urbain.**

L'aide au logement doit répondre à l'ajustement précis sur la nouvelle situation, en permettant des solutions de logement orientées vers la communauté, l'accession à la propriété comme aide à l'intégration, des typologies d'habitat différenciées et des modèles de bail emphytéotique. Le rapport avec un renforcement ponctuel de l'aide à la jeunesse, de la police, des soins de santé et des soins pour les personnes âgées est évident, ainsi que le soutien de la mutation du travail associatif dans les quartiers.

***L'autre priorité concerne l'offensive éducative qui matérialise plus que le droit à un enseignement à temps plein.**

Ici aussi, il convient de lancer une offensive éducative différenciée dans les quartiers suite à l'analyse précise des résultats pédagogiques des dernières décennies, offensive qui doit tenir compte de la composition hétéroclite des classes scolaires, des besoins du travail parental et du travail sur des cas particuliers, et donc de l'ensemble de l'environnement d'apprentissage qui se brise souvent contre les délimitations des compétences entre les Lands, les communes et les modèles de programmes fédéraux.

PERSPECTIVES

Tant dans le discours démocratique que dans la promotion des espaces sociaux, un « continuons comme ça » ou une simple augmentation des subventions ne répondent pas aux nécessités de la situation actuelle et peuvent même renforcer les inégalités et les déceptions. C'est pourquoi il convient désormais d'appliquer : instauration d'un climat de confiance et recherche active d'une égalité expérimentée dans l'espace social.

C'est le cœur de l'appel. Au lieu de prendre les mêmes pour recommencer, il convient de s'efforcer d'être à la hauteur des mutations sociales et d'aborder de manière pratique les failles structurelles du discours. Ceci avec un État déterminé qui se caractérise sur place par la facilitation et la garantie des valeurs pour tous. Au contraire du simple maintien ou de la restauration des ordres internes, tels qu'ils partagent la sociale d'aujourd'hui et surtout les sociétés urbaines. La perception d'un État de droit social actif qui ne sert pas seulement des intérêts individuels, mais garantit des chances pour tous, est liée à la cohésion sociale qui a permis à cette République de s'imposer.

Les quartiers de nos villes sont l'un des principaux miroirs de ce développement qui permettent de prédire si nous y parviendrons ou non. Ici, les questions de génération, immigration et climat ou les

questions du marché du travail sont concrètes et doivent être résolues. Le développement urbain risque de mettre à contribution les quartiers de manière différente.

L'enjeu va plus loin que le réaménagement urbain ou l'amélioration des quartiers, plus loin que la politique communale, qu'un test décisif de la démocratie. Ce n'est pas une « question nationale », ceci nous concerne dans toute l'Europe et dans notre communauté de valeurs européennes (voir l'initiative française de Dijon).

Pouvons-nous résister à l'épreuve du temps et empêcher la scission durable d'une société cosmopolite ? Exigeons-nous le concours de tous les groupes à la démocratie ou la démocratie se réduit-elle à représenter des intérêts et à garantir la paix sociale des groupes qui parlent le plus fort et des groupes qui défendent des acquis ?

C'est pourquoi l'appel s'adresse à la politique à tous les niveaux de décision et des aides.

FÜR DIE ERSTUNTERZEICHNER / POUR LES PREMIERS SIGNATAIRES :

Dierk Borstel, FHS Dortmund / Université de Dortmund
 Petar Drakul, Stadt Mannheim / Ville de Mannheim
 Rolf Frankenberger, Universität Tübingen / Université de Tübingen
 Rolf Hoberg, Stuttgart
 Konrad Hummel, Mannheim
 Philipp Kohl, Filmmacher / cinéaste
 Stefan Krämer, Wüstenrot Stiftung / Fondation Wüstenrot
 Peter Kurz, Oberbürgermeister Stadt Mannheim / maire de Mannheim
 Dieter Lehmann, Amtsleiter Schwäbisch Gmünd / chef de service à Schwäbisch Gmünd
 Christian Reutlinger, Hochschule St. Gallen / Université technique de St. Gallen
 Andrea Schröter, Club Speicher 7 Mannheim

Der Kreis besteht aus weiteren Wissenschaftlerinnen und Praktikern.

Le cercle se compose d'autres scientifiques et praticiens.

DIE SITZUNGEN WURDEN UNTERSTÜTZT / LES RÉUNIONS ONT ÉTÉ PRISES EN CHARGE :

der Wüstenrot-Stiftung / *par la Fondation Wüstenrot*
 dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg
 / *le Ministère des affaires sociales de Stuttgart*
 Club Speicher 7 Mannheim / *le Club Speicher 7 Mannheim*
 und der Stadt Mannheim / *et la ville de Mannheim*

KONTAKTADRESSE UND INITIATIVE / ADRESSE ET INITIATIVE :

DR. KONRAD HUMMEL

TELEFON: 0049-172-1389046

EMAIL: konradhummel@web.de